

»Jeder Einsatz des US-Militärs läuft über Ramstein«

Aktionskampagne gegen von der BRD aus geführte Drohnenkriege in Zeiten der Aufrüstung. **Gespräch mit Reiner Braun**

Gegen die US-Militärbasis im rheinland-pfälzischen Ramstein und den von dort geführten Drohnenkrieg wird seit Jahren demonstriert. Am vergangenen Sonnabend gingen dort rund 2.500 Menschen auf die Straße. Ein gutes Zeichen für die Friedensbewegung?

Zum einen gab es die erwähnte Demonstration, inklusive einer beeindruckenden Kundgebung mit Sahara Wagenknecht von Die Linke, Eugen Drewermann und Ann Wright. An dem Tag fand aber auch die Blockade eines Zugangs zur »Airbase« von etwa 300 Menschen statt. Das war aus meiner Sicht eine ungeheuer beeindruckende Aktion. Wenn ich das zusammennehme, war es für mich ein gelungener Höhepunkt unserer mehrtägigen Kampagne »Stopp Air Base Ramstein – Keinen Drohnenkrieg!«. Ich will aber nicht verschweigen, dass ich mir einige Demonstranten mehr gewünscht hätte.

Wie verlief die Blockade?

Sie war im besten Sinne des Wortes eine Aktion des zivilen Ungehorsams. Vorbereitet wurde sie durch kleine Bezugsgruppen, die zuvor Blockadetrainings durchgeführt hatten. Im Vorfeld ist intensiv darüber diskutiert worden, wie man sich bei einer friedlichen Massenblockade verhält. Die Polizei hat aus meiner Sicht ausgesprochen verantwortungsvoll reagiert. Sie hat ihre Rolle ausgefüllt, ohne übermäßig militarisiert zu reagieren. Von daher war die gesamte Aktion von einem friedlichen, solidarischen Klima geprägt.

Sie haben angesprochen, dass es verschiedene Aktionsformen gab. Welches Spektrum haben Sie ver-



Reiner Braun ist Kopräsident des »Internationalen Friedensbüros«

sucht abzudecken?

Ich fange mal mit dem Friedenscamp an. Dort waren junge und alte Menschen, zudem gab es ein Kinderprogramm. Jeden Abend fanden Kulturveranstaltungen statt. Alle, die hier waren, haben am Ende gesagt: Wir kommen wieder. Zudem haben wir vier Tage lang eine Friedenswerkstatt gehabt: In einer Schule haben wir alle Themen diskutiert, die Friedensbewegte interessiert: vom Krieg in Afghanistan bis zur Querfrontdebatte. Über 200 Menschen haben daran teilgenommen. Außerdem gab es am Freitagabend eine große Veranstaltung in der Versöhnungskirche Kaiserslautern mit etwa 500 Teilnehmern. Begleitet wurden unsere Aktionen durch einen sehr stark internationalistischen Ansatz. Wir haben Gäste aus 13 Ländern begrüßen dürfen, mit denen wir auch ein Arbeitstreffen abgehalten haben. Dabei ging es darum, die unterschiedlichen Aktionen gegen Militärbasen in verschiedenen Ländern noch stärker zu vernetzen.

Welche Rolle spielt die Militärbasis in Ramstein genau?

Zugespielt gesagt: Ohne Ramstein keine Drohnenkriege. Jeder Einsatz des US-Militärs auf der Welt muss

über die Relaisstation in Ramstein weitergeleitet werden. Ohne die völkerrechtswidrige Beteiligung der Bundesrepublik an dieser Politik könnten die USA ihren illegalen Drohnenkrieg nicht durchführen. Unsere Kernforderung ist daher, dass die Bundesregierung das Stationierungsabkommen kündigen muss, auf dessen Grundlage der Standort an die US-Amerikaner vermietet worden ist. Es gibt zudem keinen Interventionskrieg der USA, der nicht von der Basis in Ramstein aus koordiniert ist. Mit dem Einsatzzentrum für Raketenabwehr ist Ramstein außerdem Kernbestandteil der Konfrontationspolitik gegenüber Russland.

Die Bundesregierung hat jüngst beschlossen, die Bundeswehr mit bewaffnungsfähigen Drohnen aufrüsten zu wollen. Besteht da ein Interesse, unabhängig von den USA zu werden?

Ich sehe das als kooperative Konkurrenz. Natürlich sind die Kriege ohne NATO-Infrastruktur undenkbar. Andererseits gibt es durch die europäische Militarisierung eine gewisse Emanzipation von den USA. Es geht auch darum, sich auf die neue Situation unter US-Präsident Donald Trump einzustellen. Sein »America First« bedeutet, dass Kriege verstärkt nur noch aus US-amerikanischen Interessen heraus geführt werden sollen. Kriege wegen europäischer Interessen müssen in dieser Logik künftig aus eigener Kraft geführt werden können. Letztlich geht es um unterschiedliche Kriegsführungsstrategien, mit dem gemeinsamen Ziel, die westliche Hegemonie zu sichern. **Interview: Jan Greve**

■ ramstein-kampagne.eu

■ <https://abruesten.jetzt>

■ Abgeschrieben

■ Fabio De Masi, stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion Die Linke, erklärte am Mittwoch zu Medienberichten, denen zufolge der französische PSA-Automobilkonzern plant, Teile des Opel-Forschungszentrums in Rüsselsheim zu verkaufen:

PSA muss seine Zusagen gegenüber den Opel-Beschäftigten einhalten. Gerade der Strukturwandel in der Autoindustrie erfordert eine exzellente Forschungs- und Entwicklungsabteilung. Der Bundeswirtschaftsminister sollte zügig Gespräche mit PSA führen, um die Öffentlichkeit hinsichtlich der Pläne am Standort Rüsselsheim aufzuklären und auch gegenüber der französischen Regierung darauf zu drängen, dass der vereinbarte Kündigungsschutz für die Beschäftigten in jedwedem Szenario eingehalten wird. Dabei muss der Opel-Betriebsrat vollumfänglich eingebunden sein.

■ Die Freundschaftsgesellschaft BRD–Kuba veranstaltete am vergangenen Wochenende in Göttingen ihre 43. Bundesdelegiertenkonferenz und teilte danach mit:

Die Versammlung protestierte in einer Resolution gegen den Fortbestand der illegalen und zutiefst inhumanen US-Blockade gegen Kuba. Letztere,

wird festgestellt, trifft nicht nur die kubanische Bevölkerung, sondern auch in Europa lebende Personen, die sich über Kuba informieren oder humanitäre Hilfe für den Karibikstaat leisten wollen. Diese Praxis, die sich zuletzt u.a. in der Weigerung der Deutsche-Bank-Tochter Postbank ausgedrückt hatte, Spengelder für die Hurrikan-Hilfe nach Kuba zu transferieren, »verstößt gegen die am 22. November 1996 erlassene Verordnung Nr. 2271/96 des Europäischen Rates«, stellt das höchste Gremium der Freundschaftsgesellschaft fest und erklärt mit Blick auf die Debatten um das US-Embargo gegen den Iran weiter: »Es wird zweierlei Maß angewandt, wenn die EU ihre eigene Verordnung aktuell im Falle des Iran beachten will und im Falle Kubas nicht.«

Die Unterbindung der Anwendung der Blockade in der EU und in Deutschland entspreche dem »Abkommen über politischen Dialog und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Kuba andererseits«, welches im November 2016 beschlossen wurde, wird in der Resolution weiter erklärt. Alle humanitär Gesinnten sind aufgefordert, den Kampf gegen die US-Blockade gegen Kuba

und insbesondere ihre illegale Anwendung innerhalb der EU aufzunehmen.

■ Zur Anhörung am Mittwoch im Bayerischen Landtag zur Rolle von Drittmitteln an Hochschulen stellte Eva Gruse, im Vorstand des Freien Zusammenschlusses von StudentInnenschaften (FZS) fest:

»Die Unterfinanzierung der Hochschulen ist deutlich zu spüren. Neben fehlenden Seminarplätzen und sanierungsbedürftigen Bauten, führt diese Unterfinanzierung noch zusätzlich zu einer Steuerung an Hochschulen durch Drittmittel, denn Drittmittel greifen dort, wo keine Grundfinanzierung gesichert ist.«

»Die mangelnde Transparenz an bayerischen Hochschulen verdeckt aktuell einen erheblichen Missstand. Die Rüstungsforschung ist auf einem erschreckenden Niveau und muss dringend eingedämmt werden. Wissenschaft muss zu zivilen und friedlichen Zwecken betrieben werden und nicht für Krieg!«, warnt Tobias Eisch, im Vorstand des fzs. Vor wenigen Wochen wurde bekannt, dass an bayrischen Hochschulen 13,3 Millionen Euro zu Rüstungszwecken geflossen waren, allerdings sind Details für die Öffentlichkeit nicht einsehbar. (...)